NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

März 2010 www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,

schon häufiger haben wir uns im Netz-Telegramm mit sozialen Spaltungsprozessen beschäftigt. Wir haben nach Ursachen und globalen Dimensionen gefragt und haben „Hilfen zur Armutsbewältigung“ hinterfragt – wie zuletzt am Beispiel der Tafelbewegung (Netz-Telegramm März 2009). In dieser Ausgabe nimmt Günther Salz eine Bestandsaufnahme vor: Wie entwickelten sich Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren? Angesichts dieses Bildes einer sozial gespaltenen Gesellschaft kann das in diesen Tagen verabschiedete Sparprogramm der Bundesregierung die Situation eigentlich nur verschärfen.

Ein Thema, dass viele Netzgruppen in den letzten Monaten beschäftigt hat, ist die Werbeoffensive der Bundeswehr an Schulen. Eine Kampagne gegen diese Offensive, die auf den Landtagswahlkampf Einfluss nehmen will, stellen wir in dieser Ausgabe vor, und ergänzen diese durch einen Blick auf die Militarisierung der Entwicklungshilfe.

Sabine Ferenschild

Inhalt

Armut und Reichtum 1

Stellenangebot 3

Militarisierung der Entwicklungshilfe 5

Die Bundeswehr greift an 6

Nachrichten aus der Region 6

Termine 7

Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz

von Günther Salz

Im Frühjahr 2010 erschien der 4. Armuts- und Reichtumsbericht für Rheinland-Pfalz. Günther Salz hat dessen zentrale Aussagen sowie die des aktuellsten Lebenslagenberichts der Bundesregierung bei einem Vortrag im Sozialforum Koblenz zusammengefasst und kommentiert. Sein Vortrag ist im Folgenden stark gekürzt und auf Rheinland-Pfalz konzentriert wiedergegeben. Die vollständige Fassung finden Sie ab Mitte Oktober auf der Netz-Homepage (red.).

Im 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Landes wird die Armutsrisikoquote für das Jahr 2008 bei 14,5% ausgewiesen. Sie ist also um einen ganzen Prozentpunkt gegenüber 2007 gestiegen. Gut eine halbe Million Rheinland-PfälzerInnen und damit rund jedeR 7. gelten als armutsgefährdet. Damit liegt das Land ganz knapp über dem bundesrepublikanischen Durchschnitt von 14,4% und an 6. Stelle im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Im Bundesvergleich der sog. SGB II-Quote, also der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV), liegt Rheinland-Pfalz hinter Bayern und Baden-Württemberg sogar an 3. Stelle mit einer Quote von 7,7 (Berlin 21,3, Bayern 4,9 im Mai 2009).

Auch was die Arbeitslosenquote angeht, konnte sich das Land Rheinland-Pfalz den 3. Platz im Vergleich der Länder seit 2004 mit 5,6% Jahresdurchschnitt 2008 sichern. Demnach ist die Situation in Rheinland-Pfalz im Vergleich mit anderen Bundesländern, insbesondere den Ost-Deutschen oder den Ländern mit wirklich großen Städten und entweder industrieller oder ländlicher Monostruktur, vergleichsweise günstig.

Einkommensarmut

Laut Bericht sind Erwerbslose (53,1%), Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren (44,2%), Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (27,2%), Personen ohne deutsche Staatsan-

Zur Methodik des Armutsberichts

Um eine allzu einseitige, rein regierungsamtliche Darstellung zu vermeiden, hat man in Rheinland-Pfalz auf Druck der LIGA (Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände in RLP), der oppositionellen Grünen und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure den Ansatz eines „kritischen Dialogs“ durchgesetzt: So enthält der vorletzte und der aktuelle 4. Landes-Armuts- und Reichtumsbericht nicht nur die Darstellung der Landesregierung, sondern auch die der Freien Wohlfahrtspflege und der Gewerkschaften. Hierdurch werden unterschiedliche Sichtweisen, Erfahrungsräume und Bewertungen deutlich und somit diskutierbar.

Die „offiziellen“ Armuts- und Reichtumsberichte sind Teil der „wertfreien“, akademisch-empirischen Sozialforschung. Diese erkundet zumeist die Oberfläche der Gesellschaft und geht kaum auf deren Tiefenstrukturen ein. Auch der Zusammenhang von Armut und Reichtum ist in den vorliegenden Bundes- und Landesberichten mit Ausnahme von Bewertungen der Sekundärverteilung (staatliche Verteilungspolitik) nicht diskutiert worden. Dies markiert eine derzeit unüberschreitbare Grenze dieser Berichte. Trotzdem stellen sie wertvolles Material über die Armutserscheinungen und die Positionen der Politik zur Verfügung.

gehörigkeit (34,4%) bzw. Personen mit Migrationshintergrund (27,9%) in besonderem Maße von Armut bedroht. Wie in der Vergangenheit auch, sind aktuell Frauen stärker armutsgefährdet als Männer. Die Armutsgefährdungsquote der Frauen lag 2008 bei 15,8%, während sie bei den Männern nur 13,2% betrug.

Armut durch Arbeitslosigkeit ...

Im Jahr 2009 waren von den gut 4 Mio. Rheinland-Pfälzern ca. 1,8 Mio. erwerbstätig bzw. hatten in Rheinland-Pfalz ihren Arbeitsort. In den letzten Jahren ging sowohl die Arbeitslosigkeit als auch der Hartz IV-Bezug deutlich zurück (Arbeitslosenquote Juni 2004 7,4%, Dezember 2008 5,5%). Mit dem Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 2008 stieg die Arbeitslosenquote leicht auf 5,7% im Dezember 2009. Im September 2009 bezogen 242.773 Personen SGB II-Leistungen. Hinzu kamen ca. 35.000 Menschen, die die sog. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielten sowie gut 12.000 SozialhilfeempfängerInnen (31.12.2008), so dass man insgesamt von knapp 300.000 Menschen Ende 2008 ausgehen muss, die der Fürsorge anheim gefallen sind und in der Zone des „offiziellen Pauperismus“ leben.

... und durch Arbeit

Gegenüber dem Armutsrisiko eines Erwerbstätigen mit 7,4% liegt die Gefährdungsquote bei Erwerbslosen mit 53,1% sehr hoch. Dennoch schützt Arbeit nicht vor Armut. Während bundesweit etwa 1,35 Mio. auf zusätzliche Leistungen des SGB II angewiesen sind, sind es in Rheinland-Pfalz immerhin 46.800 Personen. Hiervon waren 25.500 geringfügig beschäftigt und 14.300 (also 30%) vollzeitbeschäftigt! Die Landesregierung bewertet die Tatsache, dass selbst eine Vollzeitbeschäftigung nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern, als „sozialen Missbrauch“ durch Unternehmen. Immerhin eine klare politische Aussage.

Prekäre Beschäftigung

Relevant sind auch die Daten über a-typische und prekäre Beschäftigungsformen. Das Land fasst unter a-typischen Beschäftigungsverhältnissen Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, Zeitarbeitsverhältnisse sowie geringfügige Beschäftigung. Von prekärer Beschäftigung ist die Rede, wenn a-typische Beschäftigung mit schlechteren Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen und geringer sozialer Sicherheit einhergehen und sonst keine Einnahmen vorliegen.

Die Zahl der a-typischen Beschäftigungsverhältnisse stieg in Rheinland-Pfalz von 19,5% 1998 auf 25,8% im Jahr 2008. A-typische (und prekäre) Beschäftigungen sind Frauensache: Während sich 43,4% der abhängig beschäftigten Frauen im Jahre 2008 einer a-typischen Beschäftigung widmen mussten, traf dies nur für 10,6% der Männer zu. In den „Genuss“ dieser Beschäftigungsformen kommen neben den Frauen insbesondere auch Menschen ohne anerkannte Berufsausbildung, Alleinerziehende und Ausländerinnen und Ausländer.

Zu den a-typischen bzw. prekären Beschäftigungsverhältnissen zählen auch die sog. Minijobs. In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Minijobs von 345.000 im Jahre 2004 auf etwa 378.000 im Jahre 2007 gestiegen. Während die Minijobs überwiegend von Frauen ausgeübt werden, wird die Leiharbeit eher von Männern getan.

Alleinerziehenden und Familien

Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sind besonders von Armut bedroht. In Rheinland-Pfalz lebten im Jahre 2008 131.300 alleinerziehende Personen. Rund 2/3 aller alleinerziehenden Haushalte beziehen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer Erwerbs- oder Berufstätigkeit. Mit 18% muss aber auch fast ein Fünftel der alleinerziehenden Haushalte von Leistungen des SGB II oder III leben, also in Armut oder in einer prekären Lebenslage.

Armut bei MigrantInnen

Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind zu 34,4% armutsgefährdet und die gut 700.000 Menschen mit Migrationshintergrund zu 27,9%. AusländerInnen machen knapp 20% aller Hartz IV-EmpfängerInnen aus. Gut 15%, nämlich 17.500 Personen, waren im Jahre 2008 arbeitslos; 34,4 % waren von Einkommensarmut bedroht gegenüber nur 14,5 % aller Rheinland-PfälzerInnen. Von den ausländischen AbgängerInnen der allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz blieben im Sommer 2008 16,5% ohne Hauptschulabschluss, während die deutschen SchulabgängerInnen nur zu 6,4% einen Hauptschulabschluss verfehlten. Dem gegenüber verließen ausländische SchülerInnen nur zu knapp 10% die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife, während deutsche SchulabgängerInnen dies zu knapp 30% taten.

Armut und Sanktionen

Kann man schon mit den derzeit gezahlten Regelsätzen nicht menschenwürdig leben, so wird der Lebensunterhalt bei Sanktionen aufgrund von Verletzungen der Bestimmungen des SGB II weit unter das sozio-kulturelle Existenzminimum gedrückt. Im Falle der erwachsenen Über-25-Jährigen kann das bis zu 60 % der Regelleistungen sein. Bei den Unter-25-Jährigen werden beim ersten schweren Pflichtverstoß überhaupt keine Geldleistungen mehr gezahlt und die angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung gehen direkt an den Vermieter. Bei einer Wiederholung werden auch keine Kosten der Unterkunft mehr erstattet. Die ARGEn können dann Sachleistungen gewähren, ein Anspruch darauf besteht jedoch nicht. Hier wird die ganze böse Konsequenz der rigiden Arbeitskraft-Bewirtschaftung durch den Staat deutlich: Die Menschen fallen in absolute Armut und flüchten

Armutsbegriffe

Allgemein ist Armut ein Zustand des Mangels und Ausdruck einer dürftigen Lebenslage. Dieser Zustand muss jedoch immer zu den historischen Bedingungen einer Gesellschaft in Beziehung gesetzt werden. Ob Armut das Überleben gefährdet oder nur eine Schlechterstellung der Einen gegenüber den Anderen bei prinzipiell gesicherter Existenz für alle ist, macht einen Unterschied. Deshalb differenziert man in der Armutsforschung und -politik grundsätzlich zwischen absoluter und relativer Armut:

Absolute bzw. extreme Armut liegt dann vor, wenn Menschen die grundlegendsten Bedürfnisse nicht befriedigen können und deshalb die physische Existenz nicht dauerhaft gesichert ist.

Relative Armutsbegriffe dagegen wollen Armut als Schlechterstellung im Vergleich mit dem durchschnittlichen (gewichteten Haushalts-) Einkommen bzw. den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in einer Gesellschaft erfassen. Man unterscheidet in diesem Zusammenhang eine milde, relative Armut (60 % des Äquivalenzeinkommens) und eine strenge, relative Armut (40 % des Äquivalenzeinkommens). Früher setzte man meist die Mitte zwischen 60 und 40 %, also 50 % als Armutsgrenze an. Heute hat man sich im Rahmen der Vereinheitlichung mit der europäischen Armutsberichterstattung auf die 60 %-Grenze geeinigt. Ein Unterfall relativer Armutsmessung ist die Festlegung eines sozio-kulturellen Existenzminimums. Hierbei wird das physische Existenzminimum um sog. Teilhabekategorien erweitert. Das derzeitige SGB II (Hartz IV), ebenso wie die Sozialhilfe soll dieses sozio-kulturelle Existenzminimum abbilden.

in Kleinkriminalität oder in die manchmal auch erbärmlichen sozialen Netzwerke der Familien und Freunde. Sind auch diese nicht vorhanden, kann der Tod per Gesetz eintreten. So geschehen im Falle des Speyerer Arbeitslosen Sascha K.

Sanktionen sind keine Randerscheinungen des SGB II-Geschehens: In Rheinland-Pfalz wurden im Dezember 2008 6.100 Sanktionen neu festgestellt und im Verlauf des Jahres 2008 waren es insgesamt 36.098 Fälle.

Zusammenfassend kann man mit einem Hartz-IV- „Kunden" sagen: „Ich wünsche nicht einmal meinem ärgsten Feind, Hartz IV beantragen zu müssen."

Reichtum in Rheinland-Pfalz

Der Reichtumsteil des Armuts- und Reichtumsberichts der Landesregierung unterscheidet zwischen Einkommens- und Vermögensreichtum.

Einkommensreichtum

Als einkommensreich gilt in Rheinland-Pfalz, wer mehr als 200 oder 300% des (aus Vergleichsgründen) westdeutschen Monatsnetto-Äquivalenzeinkommens verdient. Je nach Datenquelle sind die Reichtumsgrenzen unterschiedlich. Für Rheinland-Pfalz liegen sie laut EVS 2003 bei 3.533 Euro (200%) und bei 5.299 Euro (300%). Allerdings liegen sie beim Mikrozensus erheblich niedriger, nämlich bei 2.533 Euro oder 3.800 Euro 2006. Inzwischen ist laut Mikrozensus der Anteil der 200%-Einkommensreichen seit 2003 von 8,1% auf 9% 2006 gestiegen. Demgegenüber ist der Anteil der 300%-Reichen von 2,2% 2003 auf 2,1% 2006 gefallen. Nach dem SOEP sieht die Sache bezogen auf die Gesamtbevölkerung Westdeutschlands anders aus. Hier haben die 200%-Reichen von 8,2% auf 10,2% und die 300%-Reichen von 1,7% auf 3,2% zugelegt.

Reichtum und Erwerbsstatus

Sieht man sich die Reichtumsbevölkerung nach dem Merkmal des Erwerbsstatus an, so fällt auf, dass Selbständige, Beamte und Pensionäre über– und Arbeiter und Arbeitslose unterrepräsentiert sind. Das lenkt den Blick auf die Quellen des Reichtums, wie sie sich in der EVS und der Einkommenssteuerstatistik darstellen. Interessant ist, dass mit steigenden Einkommen der Anteil der Einkommen aus abhängiger, unselbständiger Arbeit sinkt. Von den 300%-Reichen haben nur knapp 23% ihr Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit erworben. Das heißt: Von Lohnarbeit kann nur ein kleiner Teil der Bevölkerung mittelmäßig reich werden – bei selbständiger Tätigkeit steigt diese Chance enorm. Man kann vielleicht sagen, dass die Einkommensreichen am häufigsten privat versicherte Selbständige sind.

Vermögensreichtum

Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer besaßen im Jahre 2003 ein Netto-Vermögen von durchschnittlich 67.339 Euro. Allerdings ist dieses Vermögen äußerst ungleich verteilt: Die vermögensärmere Hälfte besaß nur 12.531 Euro im Durchschnitt, wogegen die 10% Vermögensreichsten mehr als das 20-fache, nämlich 267.530 Euro, besaßen. Das vermögensreichste eine Prozent konnte sogar 621.179 Euro im Durchschnitt sein eigen nennen, was ungefähr dem 50fachen entspricht.

Die oberen 10% Vermögensreichsten konnten zwischen1998 und 2003 28,3% hinzugewinnen, das oberste 1% sogar 70%. Demgegenüber verringerte sich der Nettovermögensbestand der unteren Bevölkerungshälfte um 1,5%. Entsprechend besaßen die oberen 10% fast 40% des Gesamtvermögens, während die untere Hälfte nur auf einen Anteil von 9,3% kam. Leider lässt sich aufgrund der geringen Fallzahlen für Rheinland-Pfalz kein Vergleich zwischen dem obersten 1% und der unteren Bevölkerungshälfte ziehen.

Dieser Datenausfall wiederholt sich auch, wenn es um den Vermögensanteil nach Erwerbsstatus geht. So können aufgrund geringer Fallzahlen über die Anteile der 10% Vermögensreichsten in Rheinland-Pfalz an den einzelnen Berufsgruppen nur eingeschränkte Aussagen gemacht werden. Über den Anteil der Selbständigen unter den oberen 10% der Vermögensreichsten ebenfalls. Diese Dunkelziffer des Reichtums lässt den vorläufigen Schluss zu, dass das, was der Reichtumsteil darstellt, nur den privaten Wohlstand erfasst und die wenigen Leuchttürme des Reichtums, wie BASF, Boehringer, Schott u.a. Firmen statistisch gesehen im Dunkeln liegen. Über deren Macht ist an keiner Stelle die Rede. Um dies aufzuhellen, wären Fallstudien nötig.

Dafür wird Nahe Liegendes „bewiesen": Wer hohes Einkommen hat, erwirbt auch höhere Vermögen. So waren 2003 35,3% der 200%-Einkommensreichen auch vermögensreich; bei den 300%-Reichen waren es sogar 52,2%. D.h. also, mehr als die Hälfte der 300% Ein-

Stellenausschreibung

Das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar e.V., ein Netzwerk im Rahmen des Konziliaren Prozesses zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sucht zum 1. Mai 2011 für die Netzregion im nördlichen Rheinland-Pfalz und Saarland

eine Referentin/einen Referenten

mit den Schwerpunkten entwicklungspolitische Kampagnen- und Bildungsarbeit, politische Bildungsarbeit Geschäftsführung und Vernetzungsarbeit.

Die Stelle ist eine Teilzeittätigkeit im Umfang von maximal 30 Wochenstunden.

Aufgaben sind:

- *inhaltliche Begleitung und Entwicklung der Netz-Arbeit in Kooperation mit dem Vorstand und dem AK Theologie und Politik*
- *entwicklungspolitische Bildungs- und Kampagnenarbeit*
- *Vernetzung und Unterstützung der Gruppen im ökumenischen konziliaren Prozess*
- *Kooperation mit den Weltläden der Region*
- *Geschäftsführung des Netzes in Zusammenarbeit mit dem Vorstand (Mitgliederpflege, Organisation der Netzversammlungen und der Vorstandssitzungen, Zuarbeit zur Schatzmeisterin*
- *redaktionelle Tätigkeiten (u.a. Publikation des Netz-Telegramms)*
- *Presse- und Öffentlichkeitsarbeit inkl. Pflege der Homepage*

Wir erwarten:

- *abgeschlossenes Hochschulstudium*
- *Identifikation mit den Zielen des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*
- *Kompetenzen in und Interesse an theoretischer Arbeit*
- *Erfahrungen in sozialen Bewegungen und in entwicklungspolitischer Inlandsarbeit*
- *Kompetenzen in Vortragstätigkeit und im Verfassen von Artikeln*
- *Offenheit im Umgang mit Menschen*
- *selbstständiger und Prozesse initiierender Arbeitsstil*
- *PC-Kenntnisse*
- *Erfahrungen in der Antragsabwicklung*

Das Netzbüro ist zur Zeit in Neuwied angesiedelt. Wir bieten eine Stelle, die eingebettet ist in eine Struktur ehrenamtlichen Engagements und die in Anlehnung an die kirchliche Fassung des BAT entlohnt wird. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen erbitten wir ausschließlich per Mail bis zum 22.10.2010 an:
Herbert Böttcher, Vorsitzender des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar e.V., Kontakt: info@oekumenisches-netz.de

kommensreichen zählen zu den 10% der Vermögensreichen. Fazit: Wer hat, dem wird gegeben. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer und zahlreicher (obwohl in der Krise auch manche Reiche ärmer geworden sind).

Produktiv-Vermögen

Das klassische Produktivvermögen wird erstmals in einem Landes-Armuts- und Reichtumsbericht beschrieben.

Mit Produktivvermögen bzw. Betriebsvermögen ist das private Eigentum an Unternehmen und dessen Vermögensbestände, wie z.B. die Betriebsausstattung, die Waren und das Bargeld gemeint. (Hierzu zählen allerdings nicht das Eigentum an Aktien und Wertpapieren.) Auch hier haben wir wieder ein Datenproblem. Da in Bezug auf das Produktivvermögen nur das sozio-ökonomische Panel, also das SOEP, genutzt werden kann, ist keine Trennung der Aussagen zum Betriebsvermögen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland möglich. Die folgenden Werte gelten also für die beiden Bundesländer. Dennoch sind die Daten interessant. Denn obwohl die Gruppe der Menschen mit Produktivvermögen zwischen 2002 und 2007 kleiner geworden ist, hat sich der Umfang des Vermögens deutlich erhöht. Hatten wir im Jahre 2002 noch 236.788 Bürgerinnen und Bürger mit Produktivvermögen, so waren es 2007 nur noch 157.889, also ein Schwund von ca. 33%. Der Gesamtbetrag des Produktivvermögens ist jedoch von 2002 bis 2007 von 5,6 Mrd. Euro auf rd. 9,4 Mrd. Euro gestiegen. Dies spricht für eine wachsende Vermögenskonzentration in RLP und für einen Verdrängungswettbewerb unter den Kapitalisten.

Im Durchschnitt besaßen die Produktionsmittelbesitzer 2007 ein Produktivvermögen von 59.352 Euro. Für Westdeutschland ergab sich 2007 eine Produktivvermögens-Summe von insgesamt 311 Mrd. Euro. Trotz seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung ist diese Form des Reichtums von seinem quantitativen Anteil her gering: Er beträgt in Westdeutschland nur gut 4 % des (statistisch erfassbaren) Gesamtvermögens und in Rheinland-Pfalz etwa genauso viel. Natürlich sind auch hier die Einkommensreichen im Vorteil: So verfügen die 300%-Reichen durchschnittlich über das 12- bis 15-fache des Betriebsvermögens der Gesamtbevölkerung. Über deren gesellschaftliche Macht, nämlich die Fähigkeit, eine Masse produktionsmittelloser Arbeitnehmer zu beschäftigen bzw. auszubeuten, schweigt sich der 4. Armuts- und Reichtumsbericht ebenfalls aus.

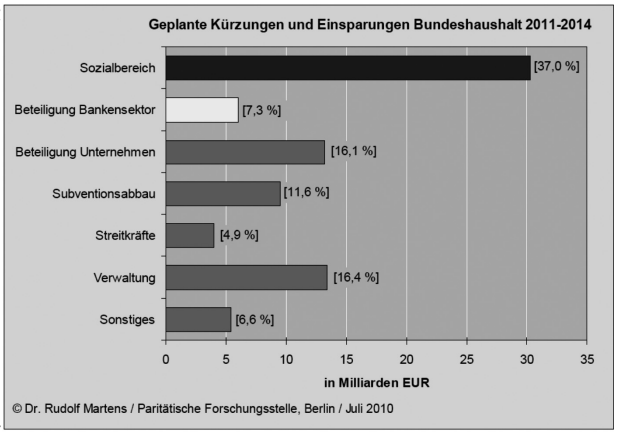
Da der 4. Armuts- und Reichtumsbericht überwiegend die Zeit zwischen 1998 und 2003 vergleicht, hinkt er enorm hinter der aktuellen Entwicklung einer finanzmarktgetriebenen Aufblähung der Geldvermögen hinterher und hinterlässt ein relativ großes Dunkelfeld des Reichtums.

Schlussbewertung des Berichts

- Das Drama der Ungleichheit, das sich vor unseren Augen abspielt, wird in seiner Bedeutung für die Armen und seiner Tragweite für die Gesellschaft nur in Ansätzen erkannt.

- Immerhin hat die LIGA das Elend der Armutsbevölkerung und die Erosion der Sozialstaatlichkeit mit den Berichten aus der Hartz-IV- und Tafelwelt und der Not der armen Kinder dargestellt. Außerdem wurde auf den Zusammenhang von ökologischer und sozialer Frage hingewiesen.

- Auch das Land ist der Meinung, das eine Teilversorgung bedürftiger Menschen durch Tafeln keine Alternative zu Leistungen des SGB II oder XII in ausreichender Höhe sein kann. Es plädiert für eine kritische Überprüfung der Höhe der Regelsätze, den Schutz von Arbeitnehmerrechten und die Einführung von Mindestlöhnen – allerdings ohne die seinerzeitige Unterstützung der Agenda -Politik bei Einführung der Hartz IV -Gesetze auch nur mit einem Wort zu erwähnen.



- Die Polarisierung von Arm und Reich wird kritisch gesehen; sie sei sozialpolitisch nicht akzeptabel und stelle eine Gefährdung der demokratischen Gesellschaftsordnung dar. Daher sei eine sozialstaatliche Umverteilung und in diesem Zusammenhang eine Reform der Erbschaftssteuer und die „Einbeziehung" von Vermögen und höheren Einkommen sinnvoll. Der geforderte Beitrag der Reichen erscheint aber bloß als moralischer Appell im Sinne des Grundgesetzes Artikel 14,2, wonach Reichtum zu sozialer Verantwortung verpflichte, von der aber bis heute nichts Strukturelles zu erkennen ist.

- Zusammenhänge zwischen Armut und Reichtum werden nicht be- und aufgearbeitet und daher auch nicht an die Möglichkeit und Notwendigkeit weitreichender Reformen wie z.B. eine kollektive Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich oder gar an eine Aufhebung der Lohnarbeit und die Gewinnung eines neuen Reichtumsmodells gedacht.

- Die Polarität von Arm und Reich wird nicht als Ausdruck der immensen und zerstörerischen Widersprüche der kapitalistischen Produktion und Reproduktion erkannt, sondern einseitig als Gefährdung der „Demokratie" und der „sozialen Marktwirtschaft" gesehen. Eine Abkapselung der Reichen sei ein „Sicherheitsrisiko" für diese. Die Armut und ihre bitteren Folgen für die Betroffenen werden nicht als fundamentale Kritik am herrschenden Reichtums–paradigma, sondern als Frage sozialstaatlicher Umverteilung gewertet.

- Im Duktus der politischen Vorsorge soll aus der Sicht des Landes auch in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise der soziale Ausgleich gewahrt, d.h. das Finanzsystem und der Sozialstaat gleichzeitig gesichert bleiben. Dies erscheint einerseits illusionär und andererseits bitter nötig, wenn man sich das aktuelle Sparprogramm der Bundesregierung ansieht. Denn dies schröpft die Armen ungleich mehr als die Reichen und Produktionsmittelbesitzer.

Gegen die wachsende Armut, gegen die zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebenswelt und die Umverteilung von unten nach oben müssen wir uns in möglichst großen Bündnissen wehren. Was wir aber auch brauchen, ist eine theoriegeleitete Reichtumsanalyse und eine hierdurch fundierte Reichtumskritik. Vor allem aber brauchen wir die Wiedergewinnung einer Idee vom „guten Leben für alle" jenseits der abstrakten Verwertungslogik des Geldes bzw. des Kapitals. Nur wenn die menschlichen Bedürfnisse wieder die Oberhand gegenüber der herrschenden Selbstzweckökonomie gewinnen, wenn sich die Menschen wieder selbst in den Stand setzen, ihre Angelegenheiten vernünftig und nach menschlichem Maß zu regeln, kommen wir der Vision vom „guten Leben" näher.

Militarisierung der Entwicklungshilfe – jüngster Akt:

Keine Entwicklungshilfe mehr für Afghanistan, sondern für das Regionalkommando Nord!

Anfang Juni 2010 erhielten viele Nichtregierungsorganisationen, die in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert sind, Post im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Bengo, die Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit, wies in einer Sonderausgabe ihres regelmäßig erscheinenden Rundbriefes auf die „NRO-Fazilität Afghanistan“ hin. Mit hoher Dringlichkeit und unter Aufweichung ansonsten geltender Kriterien für die Mittelvergabe sollten zusätzlich 10 Millionen Euro aus dem BMZ-Etat „möglichst rasch und flexibel“ von privaten Trägern abgerufen und in Afghanistan eingesetzt werden.

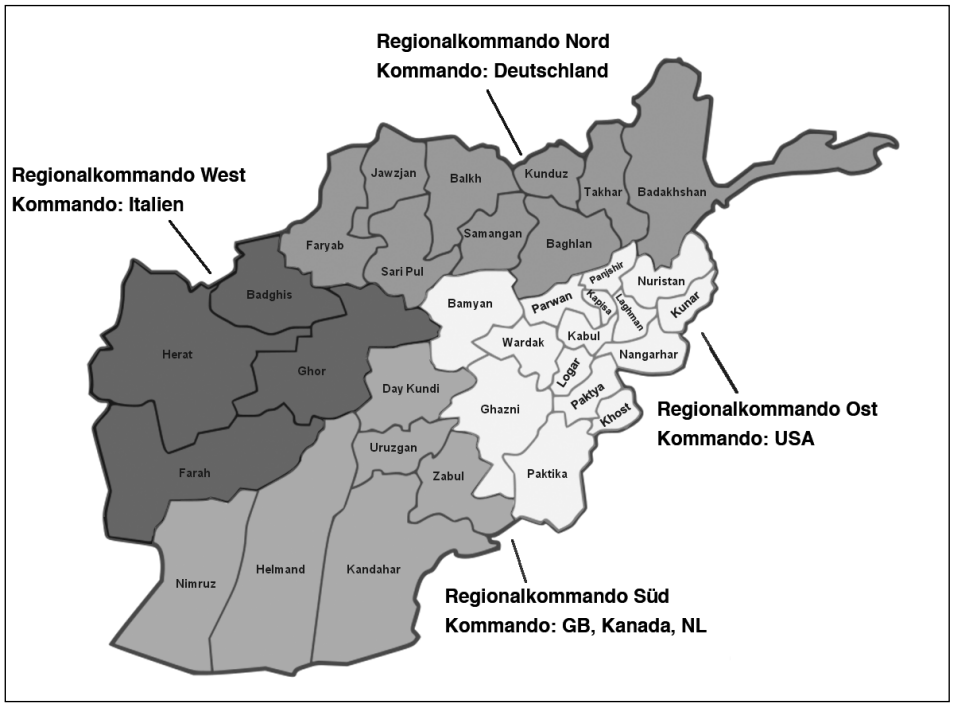
In ganz Afghanistan? Nein. „Prioritär“ behandelt würden Projekte in den afghanischen Provinzen Balkh, Baghlan, Kunduz, Takhar und Badakhshan. Ebenfalls möglich sei eine Mittelbewilligung für Projekte in den Provinzen Samangan, Jowzan, Faryab, Sar-e-Pul sowie in Kabul und im zentralen Hochland (Hazarajat). Die Karte „Einsatzgebiete ISAF“ der Bundesregierung verdeutlicht, wo in Afghanistan diese Provinzen liegen – im Gebiet des Regionalkommandos Nord, das unter deutscher Führung steht.

Sollte das Gewicht der Grundprinzipien für die geförderten Projekte der Reihenfolge ihrer Nennung in der Ausschreibung entsprechen, dann müssen die Projekte zunächst in das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung passen und mit dem Konzept der vernetzten Sicherheit übereinstimmen – und anschließend erst der unmittelbaren Armutsbekämpfung und / oder der Achtung der Menschenrechte dienen. Das Konzept der vernetzten Sicherheit meint nichts anderes als die kombinierte Strategie „militärische Anstrengungen gegen den Terrorismus einerseits, ziviler Aufbau andererseits“, wie die Bundesregierung am 1.12.2009 verlauten ließ.

Wird das beantragte Projekt in die Mittelvergabe aufgenommen, so der Brief weiter, könne auch die grundsätzliche Förderhöchstsumme von 500.000 Euro überschritten und der grundsätzliche Eigenanteil von 25% unterschritten werden. Damit es auch wirklich schnell gehe mit der Mittelvergabe, würden die eingereichten Projekte nicht - wie sonst üblich – über die Beratungsstelle Bengo vorgeprüft, sondern direkt an das BMZ weitergeleitet. Das BMZ übernehme die „inhaltliche Prüfung und Abstimmung der Projektanträge“.

Brot für die Welt, Caritas International und andere haben bereits anlässlich der Haushaltsplanungen 2010, bei der sich dieser neue Schub in der militärstrategischen Indienstnahme der Entwicklungszusammenarbeit abzeichnete, ihre Kritik hieran geäußert. Doch da just in der Woche, in der die NRO das Bengo-Schreiben ereilte, Bundespräsident Horst Köhler aufgrund der Kritik an seinen Äußerungen zu den ökonomischen Interessen deutscher Militäreinsätze im Ausland sein Amt niedergelegt hat, gewinnt die Konzentration der zur Verfügung gestellten staatlichen Gelder auf das Regionalkommando Nord einen zusätzlich üblen Beigeschmack: Mit dem Krieg am Hindukusch verteidigt die Bundesregierung die Sicherheit vor Terrorismus und, wenn man den ehemaligen Bundespräsidenten interpretieren darf, die Sicherheit unserer Rohstoffzufuhr. Die Entwicklungszusammenarbeit privater Träger wird in diesem militärisch-ökonomischen Projekt zu einem zivilen Begleitprogramm des Kriegseinsatzes degradiert. Ehrlicherweise sollte die Ausschreibung dann auch nicht „NRO-Fazilität Afghanistan“ genannt werden, sondern „NRO-Fazilität Regionalkommando Nord“. Inwiefern sich private Träger für dieses Projekt funktionalisieren lassen wollen, ist noch offen.

Sabine Ferenschild



Die Regionalkommandos der ISAF in Afghanistan.

Die Bundeswehr greift an!

Kampagne gegen den Bundeswehr-RLP-Kooperationsvertrag

In zahlreichen Bundesländern hat die Bundeswehr zwecks Nachwuchsrekrutierung offizielle Kooperationsverträge mit Kultusministerien und Arbeitsagenturen abgeschlossen und dringt so verstärkt in die Bereiche von Bildung, Ausbildung und Berufsorientierung vor. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie in Köln hat die Bundeswehraktivitäten im ‚Kampf um die Herzen und Köpfe' in einer interessanten Broschüre zusammengestellt (www.grundrechtekomitee.de).

Auch Rheinland-Pfalz hat einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr abgeschlossen, der vermutlich eine Zunahme von Info- und Werbeveranstaltungen an rheinland-pfälzischen Schulen zur Folge haben wird. Gegen dieses „Werben fürs Sterben" formiert sich eine Kampagne von Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz, die die Landtagswahl vom 27.3.2011 zum Anlass nehmen wollen, im Wahlkampf die Rücknahme des Kooperationsvertrags zu fordern. Mit dieser Forderung soll zugleich das öffentliche Bewusstsein für die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft sowie für die offensichtlich wachsende Notwendigkeit der militärischen Verteidigung der Rohstoffsicherheit und damit der deutschen Wirtschaftsinteressen geschärft werden.

Die Kampagne, die von Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz wie der AG Frieden / Trier, Pax Christi, dem Ökumenischen Netz u.a. getragen wird, will im Kreis von SchülerInnen- und Elternvertretungen, Gewerkschaften und Parteien um Unterstützung werben und nach Möglichkeit ein landesweites Bündnis für die entscheidende Wahlkampfphase Anfang 2011 schmieden.

Über den weiteren Verlauf dieser Kampagne informiert die Netz-Homepage unter dem Button „Frieden".

Nachrichten aus der Region

Klartext Koblenz von unten erschienen

In Koblenz ist im Sommer 2010 die zweite Ausgabe der kostenlosen Zeitschrift „Klartext Koblenz von unten" erschienen. Inhaltlicher Schwerpunkt dieser Ausgabe ist „Arbeitslosigkeit – Hartz IV". Herausgegeben wird die Zeitschrift von Pax Christi Koblenz, „Die Schachtel" e.V., der sozialtherapeutischen Einrichtung für Suchtkranke STEG und dem Runden Tisch für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Dem „Klartext" ist eine Beilage unter dem Titel „Das Sparprogramm und die Krise des Kapitalismus" beigefügt. Diese ist als Download auf der Netz-Homepage (Button „Sozialforum") erhältlich.

Neues auf der Netz-Homepage

Zweimal im Jahr erscheint ein Netz-Telegramm mit einem Umfang von acht Seiten. Nur ein Bruchteil der Netz-Arbeit findet auf diesen wenigen Seiten Platz. Wenn Sie mehr wissen wollen über das Netz, dann schauen Sie auf unsere Homepage.

Ein interessanter Vortrag beim Sozialforum Koblenz, den Sie verpasst haben? Aktuelle Entwicklungen in Bolivien? Ein Artikel im Netz-Telegramm, zu dem Sie gerne mehr Informationen hätten? All dies können Sie auf der Netz-Homepage finden und sich durch den Terminkalender über kommende Veranstaltungen informieren.

Wenn Sie regelmäßig über Neuigkeiten auf dieser Homepage informiert werden wollen, dann schicken Sie doch eine Mail mit der Bitte um Aufnahme in den Verteiler an info(at)oekumenisches-netz.de.

Impressum:

Netz-Telegramm September 2010

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied,
Tel. (0 26 31) 35 41 40
e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 September 2010

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Südwind-Studie kritisiert Arbeitsbedingungen bei chinesischer Niederlassung von Framas Rheinland-Pfalz

In der Presseerklärung zur Studie heißt es: „Bei chinesischen Großhandelsmärkten von Metro und Zulieferern von Aldi und Adidas kommt es zu teilweise gravierenden Arbeitsrechtsverletzungen. (...) bei zwei Adidas-Schuhlieferanten in der Provinz Fujian sind exzessive Überstunden ein Hauptproblem: Der Spitzenwert von 92 Überstunden/Monat überschreitet die gesetzliche Grenze um 150 %. Da die Löhne zwar gesetzliche Vorschriften einhalten, aber nicht existenzsichernd sind, sehen sich Beschäftigte zu möglichst vielen Überstunden gezwungen."

Einer der zwei untersuchten Adidas-Schuhlieferanten ist die Framas Fuzhou Ltd., einer von insgesamt sieben Produktionsstandorten der in Pirmasens angesiedelten Framas Kunststofftechnik GmbH.

Die in den chinesischen Niederlassungen festgestellten und in der nun veröffentlichten Studie dokumentierten Arbeitsrechtsverletzungen sollen in einer gemeinsamen Fachtagung von Südwind, der ev. Landeskirche im Rheinland und dem Ökumenischen Netz am 9.12.2010 in Düsseldorf vorgestellt und mit VertreterInnen der Unternehmen und aus der Politik diskutiert werden. Die Missstände bei Framas Fuzhou scheinen kein Einzelfall zu sein.

Massive Arbeitsrechtsverletzungen auch bei Framas Indonesien?

Beschäftigte des indonesischen Framas-Standorts in der Nähe von Jakarta berichteten jüngst in einem Schreiben u.a. an die Kampagne für Saubere Kleidung von erzwungenen Überstunden, die zu Arbeitszeiten von 16 Stunden am Tag führten, von unfairen Entlassungen, die besonders Mitglieder des Betriebsrats und Gewerkschaftsmitglieder trafen, sowie von einer generell gewerkschaftsfeindlichen Haltung der Firmenleitung.

Und die Adidas-Standards?

Wenn sich die genannten Vorwürfe erhärten, dann sollte dies nicht nur ein Problem für Framas sein, sondern auch eines für Adidas: Adidas fordert in seinen aktuellen Arbeitsplatz-Standards eine Höchstarbeitszeit von 60 Stunden pro Woche (mit „Ausnahme außergewöhnlicher Umstände") und von Vereinigungsfreiheit. Da Adidas einer der Hauptabnehmer von Framas ist, müsste Framas als Lieferant diese Arbeitsplatzstandards einhalten – und im Falle von Missständen diese schnellstmöglich abstellen. Sollte dies nicht geschehen, wäre dies ein erneuter Beleg für die geringe Relevanz von freiwilligen Sozialkodizes der global produzierenden Unternehmen.

Das Bündnis „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards", das im Kontext der rheinland-pfälzischen Partnerschaft mit der chinesischen Provinz Fujian entstanden ist, will im Fall der Arbeitsrechtsverletzungen bei Framas Fuzhou und Framas Indonesein aktiv werden.

Wer hierzu auf dem Laufenden gehalten werden möchte, kann sich gerne im Netzbüro (Tel.: 02631-354140 oder info(at)oekumenisches-netz.de) melden.

IN DER REGION · VERANSTALTUNGEN IN DER REGION · VERANSTAL

Oktober

8.10., 19h, Stadthalle Boppard

Jubiläum „25 Jahre Solwodi"

Anmeldung: albrecht@solwodi.de

20.10., 20h, Friedens- und Umweltzentrum Trier, Pfützenstr. 1

"Um was geht es im Afghanistankrieg wirklich?"

Referent: Dr. Matin Baraki, Marburg

Veranstalter: AGF, H.Böll Stiftung RLP

November

2.11., 20h, Friedens- und Umweltzentrum Trier, Pfützenstr. 1

"Fairschenken"

Referentin: Sabine Ferenschild / Ökum.Netz RMS

Veranstalter: KAB, AGF

3.11., 19.30h, KHG Koblenz, Rheinau 12

REICHTUM ALS FLUCH Die Folgen des Kohleabbaus in der Catatumbo - Region (Kolumbien)

Referent: Luis Carlos Pérez, Kolumbien

Veranstalter: KHG, Weltladen Koblenz

3.11., 20h, Friedens- und Umweltzentrum Trier, Pfützenstr. 1

Wege aus dem Krieg in Afghanistan"

Referent: Andreas Zumach, Genf.

Veranstalter: AGF, Heinrich Böll Stiftung RLP

4.11., 15-18h, Medienladen, Markenbildchenweg 38, Koblenz

Werben fürs Sterben? Wie die Bundeswehr an Schulen und Hochschulen aktiv wird

Referenten: Michael Schulze von Glaßer, Autor einer umfangreichen Studie zum Thema

Veranstalter: Schulreferat Koblenz, Pax Christi, KHG Koblenz

Infos: http://www.schulreferatkoblenz.de/

7.11., 13h, Friedens- und Umweltzentrum Trier, Pfützenstr. 1

"Mit fairem Konsum bessere Arbeitsbedingungen schaffen!"

Produzentinnenbesuch Näh-Kooperative "Nueva Vida Fair traide Zone", aus Nicaragua

---

9.11., 17h, Trier, Sichelstr. 36

Stadtrundgang "Trier im Nationalsozialismus"

Veranstalter: AGF Trier

10.11., 19.30h, Broadway Kino Trier

Agendakino "Der Aufstand der Würde". Die zapatistische Bewegung in Chiapas / Mexiko

---

12./13.11., Mainz

Mitgliederversammlung ELAN, anschl. Studientag zum Thema „Globales Lernen“

Infos: www.elan-rlp.de

13.11., 10-16h, Superintendentur Koblenz, Mainzer Str. 81

Die Bundeswehr greift an!

Netz- und Mitgliederversammlung des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar

Infos: Netzbüro

16.11., 19.30h, Christuskirche Koblenz

Land unter. Klimawandel in Bangladesch

Referent: Gerhard Klas / Journalist, Köln

Veranstalter: Sozialforum Koblenz, Pax Christi, KHG Koblenz

17.11., 14-18h, Koblenz-Goldgrube, Begegnungszentrum St. Franziskus

Religion als Ware. Offener Studientag

Referent: Prof. Dr. René Buchholz

Veranstalter: Fachkonferenz Sozialpastoral und Theologische Orientierung

---

18.11., 19h, Stadtverwaltung Koblenz, Rathaus I, Saal 132, Gymnasialstr. 1-3

Rechte für Menschen! Regeln für Unternehmen!

ProduzentInnen aus Bangladesch, u.a. die Näherin Jessmin und die Gewerkschafterin Arifa berichten über Arbeitsbedingungen

Veranstalter: DGB Koblenz, Gleichstellungsstelle der Stadt Koblenz (GSS), ver.di, IG Metall, Lokale Agenda 21

18.11., 20h, TUFA Trier, Großer Saal

"Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch"

Theaterstück der Berliner Compagnie

Veranstalter: AGF, Heinrich-Böll-Stiftung RLP, TUFA Trier

19.11., 19h, Weltladen AG-Frieden, Pfützenstraße 1, Trier

Produzentinnen aus Bangladesch und Indonesien berichten über Arbeitsbedingungen bei Zulieferern deutscher Discounter in den jeweiligen Ländern

Veranstalter: Weltladen Trier

20./21.11., VHS Saarbrücken

Soli-Basar mit Beteiligung des Weltladens „Kreuz des Südens“

Infos: http://www.weltladen.de/saarbruecken/

25.11., 19.30h, Kath. Pfarrheim Remagen, Kirchstraße 30 a:

"Kein Brot für die Welt?" - 100 Milliarden Entwicklungshilfe im Jahr - und immer mehr Arme.

Streitgespräch mit Michael Windfuhr / Brot für die Welt, Christian Wilmsen / Aktion Gemeinsinn und Frank Bliss, Entwicklungshilfe-Berater

Veranstalter: AeB e.V. Remagen

26.11., 18.30–22h Arbeitskammer des Saarlandes (in Nähe des Hauptbahnhofs) Saarbrücken, Fritz Dobisch – Str. 6-8, Erdgeschoß großer Saal

„Fair Teilen statt Sozial Spalten ...“ Ökumenisches Sozial- und Wirtschaftsforum Saar

Referenten:

- Ulrich Duchrow, Heidelberg, Professor für systematische Theologie
- Friedhelm Hengsbach SJ, Ludwigshafen, Professor für christliche Gesellschaftsethik
- Heribert Böttcher, Koblenz, Ökumenisches Netz Rhein – Mosel – Saar

Es laden ein: Ökumenisches Netz Rhein – Mosel – Saar, Evangelische Akademie im Saarland, Katholische Arbeitnehmerbewegung / KAB Saar, Pax Christi, Katholikenrat im Bistum Trier, Katholische Erwachsenenbildung / KEB Fachstelle Saarbrücken, Evangelische Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft der pfälzischen Landeskirche, BDKJ Landesstelle Saar.

27./28.11., AGF Trier, Pfützenstr. 1

Vertiefungsseminar Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg

Infos: www.gewaltfrei-hunsrueck.de

Dezember

4./5.12., Rascheid

Theologische Tagung der KSJ Trier

Kontakt: KSJ Diözesanbüro Trier, Weberbach 72, 54290 Trier, Tel.: (06 51) 97 71-150

9.12., Landeskirchenamt Düsseldorf

Fachtagung „Sozialstandards in Wirtschaftspartnerschaften“

Veranstalter: Südwind, Ökumenisches Netz, EKiR

Infos: Netzbüro

12.12., 18h, Citykirche Koblenz

„Gott kannste (nicht) vergessen“ – gestaltet von und mit Jugendlichen

Infos: www.khg-koblenz.de

14.12., 19 h, Aula der St.-Martin-Schule Remagen, Alte Straße 11

"Zentralasien - 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion"

Lichtbildervortrag mit Berichten über die Lebensbedingungen der Menschen in Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan

Referent: Frank Bliss, Remagen

Veranstalter: AeB e.V. Remagen, VHS Remagen

26.12., 18h, Citykirche Koblenz

Gott kannste (nicht) vergessen12 – gestaltet von und mit Jugendlichen

Infos: www.khg-koblenz.de